

«Man schuf einen unechten Wettbewerb»

An der Verteuerung des Stroms ist für Economiesuisse-Experte Urs Näf das neue Gesetz schuld – er fordert weniger Regulierung

Die massiven Preiserhöhungen für Strom sind eine Folge der Überregulierung in der Schweiz und nicht des Marktes. Dies sagt der Energieexperte Urs Näf vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Die Preisaufschläge flössen vor allem in die Kassen der Städte und Kantone, denen die Elektrizitätswerke gehörten.

INTERVIEW:
MARKUS BROTSCHI

«BUND»: Haben Sie mit Preisaufschlägen von bis zu 25 Prozent gerechnet, wie sie jetzt vor dem ersten Liberalisierungsschritt angekündigt werden?

URS NÄF: Wir haben den ersten Liberalisierungsschritt noch gar nicht. Das ist noch nicht die Öffnung und damit die Möglichkeit, aufgrund verschiedener Angebote Strom einzukaufen. Es sind vor allem Preisaufschläge, die damit zusammenhängen, dass die Kosten des Netzes gemäss dem neuen Stromversorgungsgesetz auf die Stromkunden überwältigt werden dürfen. Es geht in diesem ersten Schritt erst darum, wie teuer der Marktzugang über die Netze ist: Im Unterschied zu den meisten Ländern haben wir in der Schweiz im Gesetz einen auf den Kosten basierenden Verrechnungsansatz gewählt und nicht einen effizienzorientierten Ansatz. Deshalb ist genau das eingetreten, was wir befürchtet haben: Die Unternehmen haben ihre Kosten gemäss den neuen Vorgaben kalkuliert und kommen nun auf viel höhere Preise. Dabei geht es im Wesentlichen um Kapitalkosten für das Stromnetz und die Systemdienstleistungen.

Die Regulationsbehörde Elcom überprüft nun die Preisaufschläge. Aber aus Ihrer Sicht ist das Gesetz selbst eine Fehlkonstruktion?

Ich bin mir sicher, dass die Elcom zum Schluss kommt, dass alle Aufschläge berechtigt sind. Somit dürfen die Aufschläge in erster Linie eine Folge des neuen Gesetzes sein.

Ein Vorwurf lautet, dass die Elektrizitätswerke ihre Kunden nun nochmals für Investitionen zahlen lassen, die längstens amortisiert sind.

Es geht um etwas anderes: Die Preise unter dem bisherigen Regime waren zu einem gewissen Grad politisch ausgehandelt. Stadt- oder Gemeinderäte mussten die Preise genehmigen. Viele der über 800 Werke wussten gar nicht genau, ob sie mit ihrem Elektrizitätswerk

Geld verdienen. Jetzt werden alle nach den gleichen neuen Regeln bewertet. Deshalb kann es durchaus sein, dass bisher günstige Werke plötzlich viel teurer werden.

Wer zahlte denn bisher die Kosten, die nun überwältigt werden?

Zum Teil wurde auf diese Einnahmen verzichtet. Neu ist ein Zins für das Eigenkapital von rund 4,6 Prozent vorgesehen für jenen, der das Grundkapital gibt. In den allermeisten Fällen sind das Gemeinden, Städte und Kantone.

Dann überwältigen die Elektrizitätswerke den Kunden eine Kapitalverzinsung, welche dann wieder in den Kassen der Gemeinden und Kantone landet?

Ja, praktisch ausschliesslich. Ganz wenige haben auch private Aktionäre, etwa Atel oder BKW.

Dennoch haben ab 1. Januar 2009 Grosskunden die Möglichkeit, ihre Stromlieferanten selber zu wählen. Können denn diese Firmen nun billiger Strom beziehen?

Vom Gesetz her besteht diese Möglichkeit, aber in der Verordnung gibt es eine ganz ungünstige Regelung: Wer den bisherigen Lieferanten behält, wird zu Preisen mit Strom versorgt, die sich an den Gestehungskosten orientieren. Wer sich also einen neuen Anbieter sucht, muss einen höheren Preis bezahlen. Denn Anbieter auf dem Markt wollen ja mehr als die Gestehungskosten, nämlich auch noch einen Gewinn. Wer den Sprung nach aussen wagt, begibt sich in ein sehr unsicheres Umfeld. Dazu kommt die Bestimmung, dass wer einmal in den Markt geht, nicht mehr zurückkann. Das wird wohl dazu führen, dass nur ganz wenige überhaupt in den Markt hinaus wollen.

«Es werden alle einsehen müssen, dass das heutige Gesetz ein Kompromiss ist, der niemandem mehr dient.»

Aber wenn auf dem freien Markt die Preise ohnehin höher sind, fragt sich, warum die Wirtschaft die Liberalisierung überhaupt wollte.

Das Gesetz war in einer Zeit konzipiert worden, in der es immer noch ein gewisses Überangebot an Strom gab und die Öffnung des Strommarktes fallende Preise versprach. Das, was seither passierte, war nicht absehbar. Heute übersteigt die Nachfrage das Angebot, welches auch aus politischen Gründen nicht wachsen kann. In der EU



Die Preise für die Durchleitung des Stroms werden ab 2009 massiv höher.

ADRIAN MOSER

ist es sehr schwer, weitere Kohlekraftwerke zu bauen, unter anderem wegen der neuen Bestimmungen für den CO₂-Ausstoss. In der Schweiz ist der Bau neuer Kernkraftwerke ein politischer und kein unternehmerischer Entscheid.

Aber heisst das letztlich nicht, dass eine Liberalisierung selbst für die

Wirtschaft gar nicht mehr wünschbar ist? Nur der reinen ökonomischen Lehre wegen ist kaum jemand für eine Liberalisierung.

Sie ist nach wie vor wünschbar, da sie mehr Dynamik in diesen Infrastrukturbereich bringt. Aber man muss sich fragen, ob das schweizerische Gesetz gut ist. In Skandinavien oder in Deutschland

wird der Preis für den Netzzugang mittels Anreizen reguliert oder mittels Benchmarking mit jenem anderer Länder verglichen. Daraus entsteht ein Druck zu mehr Effizienz. Das erste Gesetz zur Marktöffnung (EMG), das am Referendum scheiterte, sah das noch vor. Aber die Gegner warnten vor einem Aushungern des Service public. Es waren die gleichen Kreise, die auch jetzt wieder nach einem Referendum für die zweite Liberalisierungsphase ab 2014 rufen. Sie haben das heutige Gesetz mitzuverantworten. Dieses schafft einen Anspruch für die Elektrizitätswerke, dass sie ihre Kosten abwälzen dürfen. Die Elcom kann nur noch überprüfen, ob die Werke die Kosten richtig berechnet haben. Man hat einen unechten Wettbewerb geschaffen, der alles verbürokratisiert und verteuert.

Aber die Angst war, dass das Netz verlottert, weil die Elektrizitätswerke unter einen hohen Kostendruck geraten.

Es wäre nichts passiert. Es hätte einen Druck auf mehr Effizienz gegeben. Es gibt ja schon heute in der Schweiz die «kleinen feinen» Elektrizitätswerke, die im Milizsystem geführt werden und die bezüglich Effizienz und Sicherheit tipptopp sind. Und es gibt die grossen effizienten. Und dazwischen gibt es eine riesige Zahl von billigen und von teuren Werken.

Wir haben in der Schweiz nun dieses Gesetz, das Sie für eine Fehlkonstruktion halten. Dieses entstand in einem jahrelangen politischen Prozess. 2014 dürfte es zur vollständigen Liberalisierung ein Referendum geben. Was passiert bei einem Nein des Volkes?

Es würde noch schlimmer. Die heutige Benachteiligung jener, die sich in den Markt begeben wollen, würde zementiert. Das darf nicht sein.

Aber sehen Sie eine realistische Chance, dieses Gesetz in absehbarer Zeit zu ändern?

Es werden alle einsehen müssen, dass das heutige Gesetz ein Kompromiss ist, der nichts oder nur sehr wenig zur Versorgungssicherheit beiträgt. Die Eigentümer – Kantone und Städte – müssen sich fragen, ob sie das wollen. Sie bekommen zusätzliche Einnahmen in ihre Kassen gespült ohne eine Mehrleistung. Aus der Position des politischen Eigentümers muss die Sache nochmals angeschaut werden – vor einem allfälligen Referendum.

Aber die Gegner einer Liberalisierung werden doch sagen: Wir wollen am alten Zustand gar nichts

ändern, denn die Stromversorgung funktionierte ja gut.

Tatsache ist einfach, dass die Europäische Union in diesem Bereich schon lange Realitäten geschaffen hat. Und die gleichen Kreise in der Schweiz sagen an anderer Stelle immer, wir sollten der EU beitreten und das EU-Recht übernehmen.

Die EU macht halt gelegentlich auch Schlechtes.

In einigen Ländern der EU funktioniert der liberalisierte Strommarkt gar nicht so schlecht. Während der Beratungen des Gesetzes in den eidgenössischen Räten kam es zum Beispiel in Süd-

«Ich bin mir sicher, dass die Regulationsbehörde Elcom zum Schluss kommt, dass alle Aufschläge berechtigt sind.»

schweden zu einem Blackout, und es wurde gewarnt, dass man in der Schweiz nie so etwas wolle. Dabei war das ein absoluter Einzelfall, weil es dort massive Schneefälle gab und Schweden ein riesiges Land ist.

Gibt es in der EU Länder, in denen die Konsumenten von der Liberalisierung profitiert haben?

Natürlich, und wo die Liberalisierung eine Erfolgsgeschichte ist.

Mit dem Resultat tieferer Strompreise?

Ja und mit mehr Wettbewerbsdynamik. Der Strom wurde zum Business und ist nicht mehr Spielball der Politik.

Nun steigen die Preise auf dem Markt, weil Energie und damit auch Strom knapp werden. Der europäische Marktpreis liegt deutlich über dem Durchschnittspreis, der in der Schweiz bezahlt werden muss.

Alle schauen auf den Preis an der europäischen Strombörse. Aber in Tat und Wahrheit werden über diese Börse höchstens 10 Prozent des Gesamtumsatzes gehandelt. Bei den anderen 90 Prozent gibt es Angebote mit viel tieferen Preisen.

ZUR PERSON



Urs Näf ist stellvertretender Leiter der Wirtschaftspolitik, Bildung und Energie beim Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Zuvor war er beim Bundesamt für Energie und beschäftigte sich ab 1999 mit der Strommarktregulierung.

Deutlich mehr verdient

BAUERN Die Schweizer Bauern haben dank höheren Ernten und teilweise höheren Preisen im vergangenen Jahr deutlich mehr Geld verdient als im Vorjahr. So stieg der durchschnittliche Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft von 34 500 Franken im Jahr 2006 um 14 Prozent auf 39 500 Franken. Das landwirtschaftliche Einkommen je Betrieb betrug 61 100 Franken, was einem Anstieg von 16 Prozent entspricht. Im Vergleich zum Dreijahresmittel 2004 bis 2006 stieg das Einkommen um 9,4 Prozent.

Der Bauernverband warnte in einer Mitteilung davor, das Ergebnis überzubewerten. Die Landwirtschaft arbeite mit der Natur und dort wechselten sich gute und schlechte Jahre regelmässig ab. (ap)

Der Ärger über Samuel Schmid wächst

Muss der Verteidigungsminister im Dezember um die Wahl zum Vizepräsidenten des Bundesrats zittern?

Er habe nicht gelogen, sondern «vergessen», dass man ihn schon früher über das Justizverfahren gegen Roland Nef orientiert habe, sagt Samuel Schmid. Dessen Rücktritt fordern weiterhin nur Grüne und SVP. Aber auch der Goodwill der anderen Parteien sinkt.

Am Mittwoch war bekannt geworden, dass Samuel Schmid bereits im November 2006 vom Justizverfahren gegen den damaligen Brigadier und späteren Armeechef Roland Nef erfahren hatte – und nicht erst im April 2007, wie Schmid bisher sagte. Das trägt dem Verteidigungsminister neue Vorwürfe ein. Ges-

tern nahm Schmid via Fernsehen und Radio Stellung: Da er 2006 nicht Nefs direkter Vorgesetzter gewesen sei, habe er nach der Information über das Verfahren nichts unternommen. Den Vorwurf der Lüge wies Schmid zurück: Er habe das Verfahren später vergessen – «auch ich bin nur ein Mensch». Und als Nef für den Posten des Armeechefs kandidierte, «habe ich das Verfahren nicht entsprechend gewichtet», sagte Schmid. Das tue ihm leid. Er habe Nef Vertrauen geschenkt: «Wenn das ein Fehler ist, dann habe ich einen Fehler gemacht.»

Nef habe ihm gesagt, dass es beim Verfahren um eine Auseinandersetzung im hochpersönlichen Bereich gehe. Schmid wollte nach eigenen Angaben «nicht unter die

Bettdecke schauen». Zudem sei er davon ausgegangen, dass im Rahmen der Sicherheitsüberprüfung Akteneinsicht gewährt würde. Nach der Einstellung des Verfahrens war dies aber nicht mehr möglich, deshalb wurde mit Nef vereinbart, dass dieser den Departementschef vollumfänglich informiert. Schmid sagte gestern durch die Blume, Nef habe ihm nicht die volle Wahrheit gesagt.

Unter Druck zurücktreten will Schmid weiterhin nicht: Im Sturm müsse man sich gut überlegen, «ob man solche Gedanken realisieren will».

FDP, CVP und SP drohen

Den Rücktritt Schmidts fordern nach wie vor nur Grüne und SVP

Aber FDP, SP und CVP sind zunehmend verärgert über Schmid und fordern volle Transparenz. Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats wird deshalb heute Freitag beschliessen, die Affäre im Detail zu untersuchen. Liegt das Resultat vor, wollen FDP, SP und CVP die Sache noch einmal beurteilen – «insbesondere im Hinblick auf die Wahl in das Bundesrats-Vizepräsidium», wie die FDP gestern mitteilte.

Damit bleibt Schmid auch von dieser Seite unter Druck. Die Nichtwahl Schmidts zum Vizepräsidenten im nächsten Dezember wäre faktisch eine Rücktrittsaufforderung des Parlaments. Ob SP und CVP aber wirklich so weit gehen werden, ist offen. Wahrscheinlich wollen sie weiterhin nicht, dass die

SVP allzu schnell in den Bundesrat zurückkehrt. Wer zudem solche Strafaktionen lanciert, muss bei nächster Gelegenheit mit Retourkutschen gegen die eigenen Bundesräte rechnen. Zu anderen parteitaktischen Schlüssen kommt vielleicht die FDP: Ein erzwungener Rücktritt Schmidts könnte Pascal Couchepins Abgang erleichtern. So liesse sich je nach Konstellation dessen FDP-Sitz besser retten.

Vielleicht wird Schmid mit dem Vizepräsidentenwahl-Drohfinger aber nur bedeutet, dass man ihn 2010 nicht gerne als Bundespräsident sähe. Das wäre quasi eine Aufforderung an Schmid, im nächsten Jahr den goldenen Moment für einen gesichtswahrenden Rücktritt zu suchen. (ap/paf)